

Joachim Stiller

Zur  
Gerechtigkeit

Alle Rechte vorbehalten

# Martha Nussbaum: Was ist (soziale) Gerechtigkeit?

In der Zeitbeilage "Zeit: Philosophie" aus der Zeit Nr. 25 / Juni 2013 sind eine ganze Reihe von Philosophischen Artikeln erschienen. Der Titel der Zeitbeilage lautet: „Was ist das gute Leben?“ Leider finden sich die Artikel nicht auf "Zeit: Online", und so habe ich beschlossen, erst einmal wenigstens drei der Artikel hier zu posten. Der erste Artikel trägt den Titel "Was ist Gerechtigkeit?“ Er stammt von Martha Nussbaum.

**Martha Nussbaum** ist Professorin für Philosophie an der Universität Chicago. Zuletzt erschien im Suhrkamp Verlag ihr Buch "Die Grenzen der Gerechtigkeit - Behinderung, Nationalität und Spezieszugehörigkeit"

„Wir leben in einer Welt schreiender Ungerechtigkeit. Doch was ist Gerechtigkeit? Manche Philosophen haben sich die Gerechtigkeit als eine Tugend des Charakters vorgestellt, die ihren Sitz im Menschen hat und zu einem fairen Umgang mit anderen in der Gesellschaft führt. Platon siedelt sie noch tiefer im Inneren des Einzelnen an; er verstand Gerechtigkeit als ein harmonisches Selbstverhältnis, bei dem die Vernunft die Gefühle und Gelüste beherrscht. Solche Überlegungen zur persönlichen Gerechtigkeit sind zweifellos erhellend, doch werde ich hier einer anderen Tradition folgen. Diese alternative Tradition versteht Gerechtigkeit nicht als eine Tugend der Einzelnen, sondern als eine "Tugend" gesellschaftlicher Institutionen - Institutionen, die von Menschen geschaffen wurden, um einige ihrer vordringlichsten Bedürfnisse und Interessen zu befriedigen.

Diese Denkrichtung beantwortet die von der westlichen Philosophie immer wieder gestellte Frage nach Gerechtigkeit wie folgt: "Gerechtigkeit bedeutet, jedem das zu geben, was ihm gebührt." Diese Antwort hat etwas intuitiv Einleuchtendes. Es scheint uns richtig und angemessen zu sein, dass jedermann das bekommt, was er verdient oder zu Recht beansprucht. Und doch könnte uns diese vage Idee auch in die Irre führen - und zwar dann, wenn sie uns auf den Gedanken bringt, jeder Mensch müsse sich seine politischen Ansprüche erst durch irgendeine Form von Erfolg im gesellschaftlichen Wettbewerb verdienen. Tatsächlich behaupten extrem libertäre Zeitgenossen, Menschen, die sich nicht produktiv angestrengt haben, besäßen auch keinen Anspruch auf staatliche Leistungen. Für sie ist ein Staat, der die erfolgreichen Bürger belohnt, Staat genug.

Allerdings halten auch libertäre Denker diese Auffassung nicht lange durch. Eigentlich glauben nämlich auch sie, dass der Staat die Pflicht hat, allen Bürgern verlässlichen Eigentums- und Vermögensrechte, Rede-, Religions- und Versammlungsfreiheit sowie Schutz vor Gewalt und Betrug zu bieten. Ein Neugeborenes zum Beispiel hat einen Anspruch auf all diese Dinge, und ein Staat, der sie nicht allen Bürgern gleichermaßen gewährt, kann nicht gerecht genannt werden. Auch wenn Philosophen hier den Begriff der "negativen Freiheit" verwenden, so kommt dem Staat in diesem Denken ebenfalls eine überaus positive Rolle zu. Er muss jedenfalls eine Menge Geld einsammeln und ausgeben, um die Bedingungen zu schaffen, unter denen er all diese legitimen Ansprüche seiner Bürger sichern kann.

Doch bevor wir uns entscheiden können, ob von den Liberalen die Rolle des Staates hinreichend beschrieben ist, müssen wir erst einmal die Grundlage verstehen, auf der philosophische Konzeptionen politischer Gerechtigkeit beruhen.

Für die meisten modernen Gerechtigkeitstheoretiker leitet sich die Aufgabe des Staates vom doppelten Gedanken der menschlichen Würde und der menschlichen Verwundbarkeit her. Menschen verdienen Respekt; sie verdienen es, dass man sie als Zwecke [an sich selbst] und nicht als bloße Mittel behandelt, denn wie die Welt mit ihnen verfährt, hat einen großen Einfluss auf ihr Leben. Gelegentlich haben Philosophen entweder die erste oder die zweite

dieser Behauptungen bestritten, weite Teile der Tradition akzeptiert jedoch beide. Dementsprechend beruht der Staatsgedanke, der sich allmählich herausbildete, auf der Vorstellung, der Staat müsse all seine Bürger zu einem Grundstock an Voraussetzungen und Chancen verhelfen - Chancen, die es ihnen ermöglichen, ein gutes Leben zu führen. Sie sollen "Leben, Freiheit und das Streben nach Glück" als unveräußerliche Rechte genießen, wie es Thomas Jefferson in der Unabhängigkeitserklärung meiner Nation formulierte. Mit ihr wurde dem englischen König Georg III., der dieser Verpflichtung so offensichtlich nicht nachkam, der Gehorsam aufgekündigt.

Zugegeben, im 19. Jahrhundert bewegte sich das philosophische Nachdenken über Gerechtigkeit oft in engen Grenzen. Man konzentrierte sich ausschließlich auf die libertäre Palette von Bürgerrechten und bürgerlichen Freiheiten, auf das Eigentumsrecht und die Herrschaft des Gesetzes. Pflichten zur Verteilung materieller Mittel dagegen betrachtete man weiterhin als optimal - als einen Teil der allgemeinen Tugend, nicht aber als eine zentrale Aufgabe des gerechten Staates.

Erst ganz allmählich gewann der Gedanke an Boden, dass die Bürger umfassendere Ansprüche besitzen, die allesamt in der Gerechtigkeit und der Achtung der Menschenwürde gründen. Selbst eine nur minimal gerechte Regierung müsse ein gewisses Bildungsniveau, eine grundlegende Gesundheitsversorgung, einen Mindestlebensstandard und eine Absicherung gegen Unfälle, Katastrophen, und Arbeitslosigkeit für alle Bürger sicherstellen [und auch gegen Krankheit und Altersarmut]. Nur nebenbei: Der Gedanke, dass Gerechtigkeit ein staatlich aufgespanntes "soziales Netz" erfordert, ist nicht neu. Schon in der griechisch-römischen Antike erörtern Philosophen solche Ideen. In den modernen Nationen haben sie mühevoll Geländegewinne erzielt, die aber bis heute umstritten bleiben.

Um ihre anhaltend zähen Meinungsverschiedenheiten aus dem Weg zu räumen, suchen Philosophen üblicherweise nach einer tieferen Begründung für ihre Gerechtigkeitsmodelle, kurz: Sie suchen nach einer zwingenden Grundidee, aus der sich verbindliche politische Prinzipien ableiten lassen. Eine der einflussreichsten Begründungen dieser Art ist ohne Zweifel die von **John Rawls** in seinem bahnbrechenden Werk *"Eine Theorie der Gerechtigkeit"* (1971, dt. 1975). Darin heißt es: "Jeder Mensch besitzt eine aus der Gerechtigkeit entspringende Unverletzlichkeit, die auch im Namen des Wohles der ganzen Gesellschaft nicht aufgehoben werden kann." So formuliert Rawls zu Beginn seines Buches die Idee des Menschen als eines Zwecks. Anschließend führt er ein überzeugendes Bild moralischer Unparteilichkeit ein: Stellen wir uns eine Gruppe von Leuten vor, die vernünftig und mit den allgemeinen Tatsachen von Geschichte, Wirtschaft und Psychologie vertraut sind - die sich aber hinter einem "Schleier des Nichtwissens" befinden und ihre eigenen individuellen Eigenschaften nicht kennen, also nicht über eine Wohlstand ihre Klasse, Rasse oder ihr Geschlecht wissen.

Diese Menschen stehen nun vor der Aufgabe, hinter dem "Schleier des Nichtwissens" die Grundprinzipien für eine Gesellschaft festzulegen, in der sie einst zusammenleben werden. Rawls' Argumentation zufolge werden sie sich unter diesen Umständen zunächst für einen umfassenden Schutz der Freiheit entscheiden, bei dem jedermann "gleiches Recht auf das umfangreiche System gleicher Grundfreiheiten haben soll, das mit dem gleichen System für alle anderen vereinbar ist". Nachdem das geklärt ist, werden sie sich ökonomischen Fragen zuwenden. Auf diesem Feld werden sie, so Rawls, eine Verteilung bevorzugen, die Ungleichheiten zulässt (weil diese manchmal dazu führen, dass es allen besser geht) - allerdings nur solche Ungleichheiten, die die Produktivität der ganzen Gesellschaft befördern und so die Lage desjenigen verbessern, der es am schlechtesten hat. [Anm.: Warum erhält nicht jeder den gleichen Anteil?]

Rawls' Theorie hat Kritik von allen Seiten auf sich gezogen, wie dies bei einer so einflussreichen Theorie nur natürlich ist. Manch einer, der ein schwächeres Umverteilungsprinzip bevorzugt hätte, fand sie zu egalitaristisch. Anderen wiederum was sich

nicht egalitaristisch genug. Wieder andere haben Rawls' Vorstellung davon, was überhaupt verteilt wird, kritisiert. Tatsächlich konzentriert er sich auf Wohlstand und Einkommen als entscheidende Kennziffern für soziale Vorteile, während er - so fanden manche Kritiker - besser auf den Nutzen (und die Befriedigung von persönlichen Präferenzen) hätte abheben sollen. Andere (wie ich) sind der Meinung, Rawls hätte Chancen oder "Fähigkeiten" der einzelnen Bürger in den Vordergrund stellen sollen, da sich zwei Menschen mit dem gleichen Wohlstand und identischen Einkommen ganz erheblich darin unterscheiden können, was sie tatsächlich zu tun oder zu sein vermögen. In einem produktiven Austausch mit Jürgen Habermas sah sich Rawls schließlich dazu genötigt, das Verhältnis seiner Ideen zu Habermas' demokratischem Prozeduralismus zu klären.

In seinem späteren Buch *"Politischer Liberalismus"* wandte sich Rawls einem anderen Thema zu, das für eine Philosophie der Gerechtigkeit ebenfalls von größter Bedeutung ist: der Achtung des Pluralismus. In allen modernen Gesellschaften, so Rawls, existiert unter den Bedingungen der Freiheit ein breites Spektrum an unterschiedlichen "umfassenden Lehren" über Sinn und Zweck des menschlichen Lebens. Manche von ihnen sind religiös, andere säkular. In einer liberalen Gesellschaft wäre es aber respektlos, eine dieser Lehren zu bevorzugen oder sie gar zur politischen Lehre der Nation zu erklären - auf Kosten aller anderen. Ein Senat, der so verführe, würde nicht jedem Bürger den gleichen Respekt erweisen, sondern einige bevorzugen. In einer multireligiösen und multikulturellen Gesellschaft wäre das schlichtweg ungerecht.

Rawls' Gegenvorschlag lautet deshalb: Wir müssen allgemeine politische Prinzipien entwickeln, in denen zentrale moralische Vorstellungen zum Ausdruck kommen, die alle Bürger teilen können. Diese moralischen Vorstellungen müssen ebenso partiell wie "schwach" sein, das heißt: Sie dürfen nicht das ganze Terrain des Menschlichen Lebens umfassen oder sich gar auf umstrittene metaphysische Ideen wie die "Seele" berufen. Wenn und das gelingt, so Rawls, dann dürfen wir darauf hoffen, dass unsere politischen Prinzipien im Laufe der Zeit Gegenstand eines "übergreifenden Konsenses" der Vertreter aller verschiedenen "umfassenden Lehren" werden können - oder zumindest all jener [Lehren], die mit der Idee des gleichen Respekts für jedermann vereinbar sind. [Anm.: Ich mache nur darauf aufmerksam, dass es da schon die Menschenrechte gibt, die genau diesen Zweck erfüllen.] Rawls' Argumente geben uns meines Erachtens eine unentbehrliche Grundlage für das Nachdenken über eine multireligiöse und multikulturelle Welt an die Hand. Und sie lassen sich in den Begriffen meines eigenen Ansatzes, der auf "Fähigkeiten" zielt, genauso gut weiterentwickeln wie in der Sprache von Rawls' eigener Theorie.

Einige drängende Fragen haben die Philosophen, die an Gerechtigkeitstheorien arbeiten, in der Vergangenheit allerdings völlig außer Acht gelassen, und das ist nicht gerade ein Ruhmesblatt für sie. Manche dieser Fragen sind inzwischen gründlich diskutiert worden; die Themen der Gerechtigkeit zwischen den Rassen und den Geschlechtern haben zahlreiche erstrangige Arbeiten angeregt. Die Frage nach der Geschlechtergerechtigkeit zwingt uns überdies dazu, über Gerechtigkeit innerhalb der Familie nachzudenken, was die Gerechtigkeitstheorien bis in die allerjüngste Zeit schlichtweg versäumt haben - übrigens mit der ehrenwerten Ausnahme von John Stuart Mill.

Welche Gerechtigkeitsfragen aber werden uns morgen beschäftigen? zweifellos brauchen wir auf allen Feldern, die ich genannt habe, auch weiterhin herausragende Forschung. Doch gibt es einige Komplexe, die man zu Recht als "Grenzgebiete" bezeichnen könnte. Da ist zum einen die Frage nach der Gerechtigkeit gegenüber Menschen mit Behinderungen physischen oder kognitiver [oder psychischer] Natur. Auf diese Personen passen die alten Theorien einfach nicht, da sie die Menschenwürde allzu oft an der Vernunft festmachen; auch stützten sie sich auf den Gedanken einer Kooperation zum "beiderseitigen Vorteil". Und mit diesem Gedanken im Hinterkopf ist es schwer zu sehen, was wir durch eine umfassendere Einbeziehung von Behinderten zu "gewinnen" hätten.

Noch schwieriger zu lösen ist das Problem der globalen Gerechtigkeit. Dieser Zweig der Philosophie steckt noch in den Kinderschuhen. Wir brauchen aber schlüssige Vorstellungen von einer gerechten Weltordnung, und wir brauchen überzeugende Argumente, die sie stützen (Anm.: Mein Vorschlag: Ausgleich der Wechselkurse. Denn der sogenannte Cashflow von den Entwicklungsländern in die Industriestaaten geschieht einzig und allein durch das Wechselkursgefälle.) Diese Aufgabe zwingt uns dazu, weit über die lieb gewordenen Vorstellungen hinauszugehen, das heißt: Wir müssen Formen der globalen Zusammenarbeit ersinnen, die die alten Bahnen des Nationalstaats hinter sich lassen. (Anm.: Tja, es sind die USA, die der UN praktisch den Riegel vorschieben.) So werden wir uns beispielsweise fragen müssen, welche Rolle Nationen in einer gerechteren Weltordnung überhaupt spielen sollen. (Anm.: Nationen können durchaus sein, aber 1. braucht es Kooperation und Zusammenarbeit, und 2, gleiche Bedingungen für alle. Und das Wechselkursgefälle steht eben dagegen.) Ich glaube, das sie weiterhin eine große Rolle spielen, dass aber die reicheren Nationen auch eine größere Verpflichtung haben, den Lebensstandard der ärmeren Nationen anzuheben. (Anm.: Dann müssten aber die reicheren Staaten auf einen Teil ihres Reichtums verzichten... Ob sie das tun werden?) Außerdem werden wir darüber nachdenken müssen, welchen Beitrag internationale Organisationen und Institutionen für eine gerechte Weltordnung leisten können und wie die enorme Macht multinationaler Konzerne eingehegt werden kann. Das Nachdenken über all diese Fragen hat gerade erst begonnen. Die schwierigste Frage von allen ist vielleicht die der Gerechtigkeit gegenüber Tieren und unserer natürlichen Umwelt - das ist ein weiterer Themenkomplex, dessen sich die westliche Philosophie gerade erst anzunehmen beginnt. Welche Lebewesen sind überhaupt Gegenstand von Gerechtigkeit, und auf welcher Basis? Sind es alle fühlenden Wesen? Oder alle Lebewesen? Die Umwelt insgesamt? Alle Ökosysteme? Diese so spannende wie dringende Diskussion wird unsere Aufmerksamkeit immer stärker in Anspruch nehmen, denn in einem können wir, wie gesagt, vollkommen sicher sein: Wir leben in einer Welt schreiender Ungerechtigkeit gegenüber anderen Arten und gegenüber der Natur.“ (Martha Nussbaum)

## **Berichtigung**

In unserem Heft Zeit-Philosophie (Zeit Nr. 25/13) haben wir einen Essay der amerikanischen Philosophin Martha Nussbaum veröffentlicht, der sich mit der Frage "Was ist Gerechtigkeit" befasst. Nussbaum diskutiert darin auch Formen internationaler Gerechtigkeit und die künftige Rolle des Nationalstaates. In der Druckfassung lautete der zentrale Satz: "Wir müssen Formen der globalen Zusammenarbeit ersinnen, die die alten Bahnen des Nationalstaates hinter sich lassen." Mit dieser von der Redaktion zu verantwortenden Formulierung ist Martha Nussbaum nicht einverstanden. Sie legt Wert auf die Feststellung, sie wolle den Nationalstaat nicht hinter sich lassen, sondern über ihn *hinausgehen*. Man müsse weit über die alten Paradigmen hinausgehen, um Formen der Zusammenarbeit zu ersinnen, die nicht die Gestalt eines Nationalstaates annehmen". Dabei werde der Nationalstaat auch weiterhin eine "entscheidende Rolle" spielen. (Die Zeit Nr. 29, 11. Juli 2013)

# [Strafende] Gerechtigkeit

Ich möchte hier einmal auf den Text „Gerechtigkeit“ von Ulrich Steinworth hinweisen. Der Text ist enthalten in:

- E. Martens und H. Schnädelbach (Hrsg.): Philosophie – Ein Grundkurs (Band 1), S.306-347

In dem Text geht es um die Gerechtigkeit und die Frage: Was ist Gerechtigkeit? Ich gebe eben das etwas gekürzte Inhaltsverzeichnis wieder:

- 7 Gerechtigkeit
- 7.1 Gerechtigkeit und Moral oder der Gegenstand einer Gerechtigkeitstheorie
  - 7.1.1 Die Sonderstellung der Gerechtigkeit
  - 7.1.2 Differenzierung von Gerechtigkeit und Moral
  - 7.1.3 Gerechtigkeit und Moral bei Plato und Paulus
  - 7.1.4 Begriffsbestimmung
- 7.2 Was man voneinander erzwingen darf
  - 7.2.1 Gesichtspunkte, Gerechtigkeitstheorien zu klassifizieren
  - 7.2.2 Die zwei Auffassungen von den Anwendungsgebieten der Gerechtigkeitsregeln
- 7.3 Warum man Gerechtigkeit erzwingen darf
  - 7.3.1 Differenzierung des Problems
  - 7.3.2 Verbindlichkeit von Regeln: Spielregeln und Etikette
- 7.4 Der Staat, oder wie man Gerechtigkeit erzwingen darf
  - 7.4.1 Kann der Staat Gerechtigkeit durchsetzen?
  - 7.4.2 Theorie und Praxis der Gewaltenteilung

## Ausgleichende, strafende und soziale Gerechtigkeit

Das Thema Gerechtigkeit hat auch eine, leider heute weitestgehend vernachlässigte "spirituelle" Komponente. Eliphaz Leve hat unermüdliche darauf hingewiesen. Es besteht nämlich ein riesiger Unterschied zwischen der idealen Gerechtigkeit Gottes, und der praktischen Gerechtigkeit des Menschen. Die Gerechtigkeit des Menschen ist "nur" eine "strafende" Gerechtigkeit. Die Gerechtigkeit Gottes hingegen ist eine "ausgleichende" Gerechtigkeit. Und dann gibt es tatsächliche "drei Arten von Gerechtigkeit":

- die ausgleichende Gerechtigkeit Gottes (Gott)
- die strafende Gerechtigkeit des Menschen (Mensch)
- die soziale Gerechtigkeit (Gott und Mensch)

Joachim Stiller

Münster, 2013-14

Ende

[Zurück zur Startseite](#)